

RHEINISCHE POST

HILDENER ZEITUNG | HAANER ZEITUNG

INTERVIEW

Gerhard Schröders Weltordnung

Der Altkanzler hat eigene Vorstellungen in der Außenpolitik. Das „Russland-Bashing“ müsse aufhören, die Ostseepipeline kommen und „eine neue Weltordnung“ entstehen – mit einem starken Europa. Auch China, die Türkei und Saudi-Arabien seien wichtige Partner.

Magazin

FOTOS: STEFAN FINGER, ANKE HESSE, ANNE ORTHEN

Gutes Gespür für Trüffel

Sabine Hörnicke hat ihren früheren Job aufgegeben, um mit ihren beiden Hunden neue Arten des Edelpilzes zu entdecken.

Nordrhein-Westfalen



Alleinsein erlaubt

Die Schwedin Malin Lindroth hat ein Buch darüber geschrieben, wie es ist, als Frau alleinstehend zu sein. Was sie sich wünscht, ist vor allem Selbstermächtigung.

Kultur



Glückwunsch!

Phil Collins wird 70 Jahre alt. Bei Genesis-Fans der alten Schule genießt der Musiker nicht den besten Ruf – dabei ist er einer der ganz Großen.

Panorama

ZITAT

„Ich bin in diesem Lockdown Friseurin geworden – zum Horror meiner Kinder.“

Herzogin Kate

WETTER

Trüb mit etwas Regen oder Schneeregen

4°
Vormittag3°
Nachmittag

RP KONTAKT

Leserservice 0211 505-1111,
Mo.-Fr. 6.30-16 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr
www.rp-online.de/Leserservice
Anzeigenservice
0211 505-2222, Montag-Freitag 8-18 Uhr
www.rp-online.de/anzeigen

RP-ONLINE.DE

LINKS AUSSEN

„Inne Ende ein wohnt Anfang Allem :geben Samstag stressfreien hoffentlich ansonsten den in mit Weisheit eine noch Ihnen wir wollen ,beenden Text diesen aber wir Bevor .Ende zu Spuk der ist nun ,So .beginnt Lesen dem mit Stelle richtigen der an man wenn ,jedenfalls – haben gedacht das uns wir als ,leichter trotzdem Schriftform gewählte uns von die macht Textes dieses Lesen Das .sortieren zu umgekehrt Buchstaben die noch auch ,erspart Ihnen tallem vor und uns es und aufgeschrieben Reihenfolge umgekehrter in Wörter die nur haben wir ,heißt Das .schreiben zu rückwärts Linksaußen dieses ,entschieden uns wir haben Anlass diesem aus und ,Rückwärtstag der ist Morgen



Kardinal Woelki gerät unter stärkeren Druck

Der Kölner Diözesanrat kündigt seine Mitarbeit und dringt auf die Veröffentlichung des bisher zurückgehaltenen Missbrauchsgutachtens.

VON LOTHAR SCHRÖDER

KÖLN Die Krise im Erzbistum Köln spitzt sich dramatisch zu. So kündigte der Diözesanrat – das höchste Laiengremium – seine Zusammenarbeit mit der Bistumsleitung in Fragen neuer Gemeindestrukturen auf. Vor allem fordern die Laien die Veröffentlichung des noch immer unter Verschluss gehaltenen Missbrauchsgutachtens der Münchner Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl. Darin geht es um mögliches Fehlverhalten von Bistumsverantwortlichen im Umgang mit Fällen sexualisierter Gewalt an Kindern.

„Die Verunsicherung und der Verlust von Vertrauen und Glaubwürdigkeit im Bistum sind massiv“, erklärte Tim Kurzbach, der Vorsitzende des Diözesanrats im Gespräch mit unserer Redaktion. „Unser Appell an den Erzbischof ist: Stellen Sie sich bitte mitten in die Bischofskirche und reden Sie mit uns! Sagen Sie uns, wo vertuscht und weggeschaut wurde. Was wussten Verantwortliche, was ist mit Kindern durch katholische Priester geschehen? „Das kann von uns nicht mehr getragen werden. Darum mussten wir diesen drastischen Schritt jetzt gehen, weil inzwischen selbst die Treuesten der Treuen, die das Schiff immer noch über Wasser gehalten haben, zutiefst verunsichert sind“, so der Vorsitzende des Diözesanrates und Bürgermeister der Stadt Solingen.

Dieser Vertrauensverlust hat nach Ansicht des Münsteraner Theologen

Thomas Schüller kirchenrechtliche Folgen: „Wenn ein Bischof das Vertrauen der Gläubigen verliert – und die Aufkündigung einer Zusammenarbeit durch die Laien ist ein maximales Zeichen davon – dann ist der Punkt gekommen, an dem es wohl keinen Sinn mehr macht, diesen Erzbischof im Amt zu belassen“, so Schüller. „Das ist die Höchststrafe, die ein Volk Gottes seinem Bischof aussprechen kann. Selbst die Limburger Wirren um Bischof Tebartz-van Elst waren nicht so dramatisch.“ Nach seinen Worten erlebe man im Erzbistum „gerade eine komplette Entzweiung, das ist eine katholische Scheidung“. Und das nehme auch der Vatikan ernst. „Bei diesem Misstrauensvotum macht es keinen Sinn, einen Bischof noch im Amt zu belassen. Bei Kardinal Woelki wären das noch 16 Jahre. Will man

noch 16 Jahre diese Austrittszahlen hinnehmen?“, fragt Schüller.

An der Versammlung des Kölner Diözesanrats nahm auch Weihbischof Ansgar Puff teil. Gegenüber unserer Redaktion erklärte er, dass er die Entscheidung der Laien, am pastoralen Zukunftsweg vorerst nicht mitzuarbeiten, für richtig halte. „Durch die Debatte über das Missbrauchsgutachten fehlt derzeit einfach das Vertrauen“, so Puff. Auch unterstütze er die Forderung des Diözesanrates nach Übernahme von persönlicher Verantwortung. Aber: „Eine Publikation des Gutachtens der Münchner Kanzlei kann ich nicht mittragen. Darum habe ich diesem Antrag nicht zugestimmt.“ Man sollte jetzt erst einmal das neue Gutachten des Kölner Strafrechters Björn Gercke abwarten und dann beide Untersuchungen Mitte März veröffentlichen. „Ich traue dem Gercke-Gutachten deutlich mehr zu“, betonte Puff.

Die Vorgänge in Köln sind für Professor Thomas Sternberg, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, ohne Vergleich: „Mir ist es so noch nicht untergekommen, dass ein Bischof das Vertrauen seines wichtigsten Gremiums verliert.“ Sternberg sieht in der Kölner Debatte auch einen „Störfaktor“, der die öffentliche Wahrnehmung der katholischen Kirche in Deutschland erheblich belastet. In der kommenden Woche wird die Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs auch Thema des Synodalen Wegs sein.

Leitartikel, Kultur

INFO

Kleine Chronik der Missbrauchsgutachten

Dezember 2018 Kardinal Woelki beauftragt die Kanzlei WSW mit einem Missbrauchsgutachten.

März 2020 Veröffentlichung der Studie wird abgesagt; der Grund: „methodische Mängel“.

Oktober 2020 Der Kölner Strafrechter Björn Gercke bekommt den Auftrag des Erzbistums für ein neues Gutachten.

Vorstoß zur Neuregelung der Sterbehilfe

BERLIN (dpa) Knapp ein Jahr nach einem wegweisenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts kommen aus dem Bundestag Vorstöße für neue Regelungen zur Sterbehilfe. Eine Gruppe aus Abgeordneten von SPD, FDP und Linken stellte dafür am Freitag einen Entwurf vor. „Ein Recht auf selbstbestimmtes Sterben darf es nicht nur auf dem Papier geben“, sagte die FDP-Politikerin Katrin Helling-Plahr. Dazu gehöre, Zugang zu entsprechenden Medikamenten zu ermöglichen, was aber mit Schutzkonzepten zu flankieren sei. Angestrebt werden eine Debatte ohne Fraktionsvorgaben im Bundestag und Neuregelungen noch vor der Bundestagswahl im Herbst.

Politik

Habeck sieht Chance der Grünen auf Kanzleramt

BERLIN (jd) Grünen-Chef Robert Habeck sieht für seine Partei eine Chance, nach der Bundestagswahl den nächsten Bundeskanzler oder die nächste Bundeskanzlerin zu stellen. „Wir sind der Underdog, aber wenn es eine Chance gibt, eine Sensation zu schaffen, wollen wir sie nutzen“, sagte Habeck unserer Redaktion. „2021 wird eh der offenste Wahlkampf, den Deutschland seit Jahrzehnten erlebt hat, weil Angela Merkel nicht mehr antritt, weil die Gesellschaft im Umbruch ist – und wegen uns.“ Habeck sagte, ihm sei es „wurscht“, wer im erwarteten Rennen zwischen Armin Laschet (CDU) und Markus Söder (CSU) als Kanzlerkandidat der Union antrete.

Politik

EU-Kommission lässt Impfstoff von Astrazeneca zu

BERLIN (mar/dpa) Vor dem Impfgipfel von Vertretern von Bund und Ländern mit Vertretern der Pharmaindustrie am Montag hat die Bundesregierung Erwartungen auf schnelle Entscheidungen zur Steigerung der Impfstoffproduktion gedämpft. Beschlüsse würden bei dem Treffen nicht gefasst, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert. Es diene zunächst der Erörterung der Möglichkeiten, wie die Produktion ausgeweitet werden könne. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) räumte am Freitag Probleme beim Impfstoff ein, machte aber Hoffnung auf baldige Fortschritte.

Einer könnte die Zulassung des Impfstoffs von Astrazeneca sein, die die EU-Kommission gestern Abend erteilte. Damit darf dieses Präparat

nun auch in der EU genutzt werden. Die Brüsseler Behörde folgte einer Empfehlung der EU-Arzneimittelbehörde EMA. Diese gilt für Personen ab 18 Jahren ohne Altersbeschränkung. In Deutschland empfiehlt die Ständige Impfkommission allerdings die Vergabe nur an Erwachsene unter 65.

Es ist der dritte zugelassene Impfstoff gegen Covid-19 in der EU. In Großbritannien wird das Präparat bereits seit Anfang Januar eingesetzt. In der EU waren bisher nur die Impfstoffe von Pfizer/Biontech und Moderna zugelassen. Das Vakzin von Astrazeneca gilt als recht preiswert und handlich für Massenimpfungen, weil es nicht so stark gekühlt werden muss.

Leitartikel, Wirtschaft